

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sigrid Hupach, Dr. Rosemarie Hein,
Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/8181 –**

Bundesprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ weiterentwickeln und seine Fortführung jetzt vorbereiten

A. Problem

Kulturelle Bildung fördert die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen und befähigt durch Eigentätigkeit, Begegnung und Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu reflektieren und mitzugestalten. Vor dem Hintergrund, dass ca. 29 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren u. a. aufgrund von Erwerbslosigkeit oder niedrigem Bildungsabschluss der Eltern als benachteiligt gelten können, wird im Zeitraum von 2013 bis 2017 das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte und finanzierte Bundesprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ angeboten. Eine Zwischenevaluation der Prognos AG und Auswertungen von Programmpartnern sehen Korrekturbedarf bei der Definition der Zielgruppe und außerunterrichtlicher Bildungsmaßnahmen. Ferner sind die Länder und Kommunen stärker in die Programmvorbereitung einzubeziehen, um struktur- und infrastrukturschwache Landkreise und Städte besser zu fördern. Schließlich hat das laufende Programm die Grenzen ehrenamtlichen Engagements und die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung angemessen bezahlter Fachkräfte aufgezeigt.

B. Lösung

Die Fortführung des Bundesprogramms ist von den Beteiligten gewünscht und von der Bundesbildungsministerin auf der Konferenz „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung – Engagement. Erfahrungen. Perspektiven“ am 6. April 2016 angekündigt worden. Auf der Basis bisheriger Erfahrungen sollte die Vorbereitung und Weiterentwicklung des Programms mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf ressortübergreifend und zwischen den politischen Ebenen abgestimmt sowie unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren begonnen werden.

Dazu schlägt die Fraktion DIE LINKE. vor, die Bundesregierung zu einem Bündel von geeigneten Maßnahmen aufzufordern.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/8181 abzulehnen.

Berlin, den 19. Oktober 2016

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Patricia Lips
Vorsitzende

Dr. Claudia Lücking-Michel
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Özcan Mutlu
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Claudia Lücking-Michel, Martin Rabanus, Dr. Rosemarie Hein und Özcan Mutlu

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/8181** in seiner 167. Sitzung am 28. April 2016 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Kultur und Medien sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass kulturelle Bildung die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen fördere und durch Eigentätigkeit, Begegnung und Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt befähige, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu reflektieren und mitzugestalten. Vor dem Hintergrund, dass ca. 29 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren u. a. aufgrund von Erwerbslosigkeit oder niedrigem Bildungsabschluss der Eltern als benachteiligt gelten könnten, werde von 2013 bis 2017 das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte und finanzierte außerschulische Bundesprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ angeboten. Das Programm habe sich sehr gut entwickelt und dank des Engagements der Programmpartner und der Bündnisakteure in vielen Fällen erfolgreich und nahezu flächendeckend umgesetzt werden können.

Eine Zwischenevaluation der Prognos AG und Auswertungen von Programmpartnern hätten jedoch Korrekturbedarf bei der Definition der Zielgruppe und außerunterrichtlicher Bildungsmaßnahmen gezeigt. Ferner seien die Länder und Kommunen stärker in die Programmvorbereitung einzubeziehen, struktur- und infrastrukturelle schwache Landkreise und Städte ohne kulturelle Einrichtungen besser zu fördern. Vorhandene Kultur- und Bildungsstätten ständen unter einem starken finanziellen und personellen Druck, sodass sie häufig nicht als „Andockstellen“ für das verwaltungstechnisch aufwändige Programm zur Verfügung stünden. Schließlich habe das laufende Programm die Grenzen ehrenamtlichen Engagements und die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung angemessen bezahlter Fachkräfte aufgezeigt. Es bedürfe zudem einer Vereinfachung von Verfahren und Abläufen sowie der Erhöhung der bisherigen fünfprozentigen Verwaltungspauschale.

Die Fraktion DIE LINKE. weist darauf hin, dass die Fortführung des Bundesprogramms von den Beteiligten gewünscht und von der Bundesbildungsministerin auf der Konferenz „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung – Engagement. Erfahrungen. Perspektiven“ am 6. April 2016 angekündigt worden sei. Auf der Basis bisheriger Erfahrungen sollte die Vorbereitung, Weiterentwicklung und Finanzierung des Programms ressortübergreifend zwischen den politischen Ebenen abgestimmt sowie unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren begonnen werden.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden:

- Die Expertise der Programmpartner anzuerkennen und sie bei der Fortführung und qualitativen Weiterentwicklung des Programms als konstitutiven Teil von Beginn an einzubeziehen;
- ressortübergreifend den Diskurs mit Verantwortlichen verschiedener Förderprogramme für den Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, mit Ländern und Kommunen sowie mit den Programmpartnern über Chancen kultureller Bildung zu führen, um Gelingensfaktoren für mehr gesellschaftliche Teilhabe zu identifizieren und aus den konkreten Erfahrungen des bisherigen Bundesprogramms „Kultur macht stark“ Schlussfolgerungen für eine Überarbeitung der bisherigen Förderrichtlinien zu ziehen;
- die programmbegleitende Evaluation zu stärken und auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen;

- die Strukturen nachhaltig zu stärken, die den spartenübergreifenden Austausch der Programmträger, ihre Vernetzung und eine starke gemeinsame Interessenartikulation befördern;
- die Strukturen zu sichern, die die fachliche Begleitung und Qualitätssicherung der am Programm Beteiligten und in den Bündnissen Aktiven gewährleisten;
- die Länder anzuregen, nach dem Beispiel von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein Servicestellen zur Beratung und Vernetzung von möglichen Partnern für das Programm „Kultur macht stark“ einzurichten und diese entsprechend personell und finanziell auszustatten und diese Servicestellen von Seiten des Bundes systematisch mit Informationen zu versorgen und in ihrer Arbeit zu unterstützen sowie
- die Forschung zur Nachhaltigkeit kultureller Bildungsprozesse zu stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben in ihren Sitzungen am 19. Oktober 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/8181 abzulehnen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/8181 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat u. a. zu dem Antrag gemeinsam mit dem Ausschuss für Kultur und Medien am 11. Mai 2016 ein öffentliches Fachgespräch zu dem Thema „Kulturelle Bildung – einschließlich Bundesprogramm Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ durchgeführt. Zu dem Fachgespräch wurden die nachfolgend aufgeführten Sachverständigen eingeladen:

- Ulrich Aengenvoort, Deutscher Volkshochschul-Verband e. V., Bonn
- Franziska Dusch, Servicestelle „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“, Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg
- Prof. Dr. Susanne Keuchel, Akademie Remscheid für Kulturelle Bildung e. V.
- Prof. Dr. Eckart Liebau, UNESCO-Lehrstuhl für Kulturelle Bildung/Institut für Pädagogik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Prof. Dr. Gerd Taube, Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M.
- Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat e. V., Berlin.

Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden als Ausschussdrucksachen 18(18)214 a – f verteilt und auf der Webseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/8181 in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2016 ohne Debatte abgestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/8181 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 19. Oktober 2016

Dr. Claudia Lücking-Michel
Berichterstatterin

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Özcan Mutlu
Berichterstatter

